

**Unterrichtung**  
**durch die Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes zu den Protokollen vom 22. Januar 1988 zum Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit — Drucksache 11/3265 —**

**hier: Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates vom 4. November 1988**

Die Bundesregierung bekräftigt ihre Auffassung, daß durch die Tätigkeit des deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrats die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank nicht beeinträchtigt wird.

Die Bundesregierung ist bereit, die Länder zu unterrichten, soweit Länderinteressen durch die Beratungsgegenstände des deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrats berührt sind.

